

Proteste an Hochschulen: Hessen fürchtet eine Milliarde Euro Kürzungen

Proteste an der Universität Kassel gegen Kürzungen im Hochschulpakt 2026-2030: Beschäftigte und Studierende warnen vor massivem Defizit.



Kassel, Deutschland - Proteste an hessischen Hochschulen haben in den letzten Tagen für Aufsehen gesorgt. Studierende und Beschäftigte demonstrierten gegen die Pläne der Landesregierung, die im Rahmen des Hochschulpakts für die Jahre 2026 bis 2030 massive Kürzungen in der Finanzierung von Wissenschaft und Bildung vorsehen. Die Angst vor einem Defizit von rund einer Milliarde Euro in den kommenden sechs Jahren schwebt über den Hochschulen im Land. Die Wissenschaftsminister Timon Gremmels musste sich an mehreren Fronten dem Widerstand stellen.

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Verdi organisierten die Protestaktionen, an denen schätzungsweise

450 Personen teilnahmen, insbesondere an der Universität Kassel und der Technischen Universität Darmstadt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto No Cuts , was die Dringlichkeit des Anliegens verdeutlicht. Die Diskussionen um den Hochschulpakt sind von Frustration und Unsicherheit geprägt, insbesondere wenn es um die Zukunft von Lehrstühlen und Beschäftigungsverhältnissen geht. Wissenschaftsminister Gremmels spricht von notwendigen Kürzungen, begründet durch sinkende Steuereinnahmen.

Finanzierungsängste

Das geplante Defizit führt zur Sorge um die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen, warnen die Hochschulpräsidenten. Ein dauerhafter Abbau von zehn Prozent des Personals ist im Raum. Die GEW berichtete von Unmut unter den Mitarbeitenden, was nicht zuletzt durch die unzureichende Ausstattung für Experimente, die von einer Psychologie-Studentin angeprangert wurde, verstärkt wird. Auch die jährliche Anhebung von 2,12 Prozent wird als viel zu gering angesehen, um die steigenden Kosten zu decken.

Die Universitätspräsidentin Ute Clement betonte in ihren Aussagen, dass es hier nicht nur um Sparmaßnahmen ginge, sondern um tiefgreifende Kürzungen. Die aufkeimende Spannung zwischen den Hochschulen und der Landesregierung zeigt sich auch in einem offenen Brief von Personalräten mehrerer hessischer Hochschulen, der an die Landesregierung gerichtet war und auf die Notwendigkeit einer auskömmlichen Grundfinanzierung hinweist.

Reaktionen der Opposition

Die Opposition kritisiert scharf die Finanzierungspläne, etliche bezeichneten den Hochschulpakt sogar als Spar-Hochschulpakt und mahnen an, dass langfristige negative Auswirkungen auf Forschung, Lehre und Personal nicht auszuschließen seien. Die Frustration ist nicht nur bei den

Protestierenden, sondern auch bei Bildungspolitikern spürbar, die einen grundlegenden Kurswechsel in der Hochschulfinanzierung fordern, um die Qualität der Studienangebote und die Zahl der Arbeitsplätze zu sichern. une.

Die Protestwelle hat auch gezeigt, dass ein Rundum-Konsens über die Bedeutsamkeit der Hochschulen für die Gesellschaft und die Wirtschaft herrscht. Minister Gremmels hebt zwar die zentrale Rolle der Hochschulen für die Zukunft des Landes hervor, doch bleibt die Frage, wie diese Pläne in Zeiten knapper Kassen realisiert werden sollen. Die Diskussion über den Haushaltsplan für das Jahr 2025, der von den Gewerkschaften bereits eingefordert wird, beginnt im Herbst. Die kommenden Entscheidungen könnten über die Zukunft hessischer Hochschulen maßgeblich bestimmen.

Details	
Ort	Kassel, Deutschland
Quellen	• www.hessenschau.de • www.sueddeutsche.de • taz.de

Besuchen Sie uns auf: nag-hessen.de